

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

73. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 14. Dezember 2006

Tagesordnungspunkt 20:

Antrag der Abgeordneten Silke Stokar von Neuforn, Volker Beck (Köln), Jerzy Montag, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: **Einrichtung einer Polizeireformkommission** (Drucksache 16/3704)

7353 C

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 10:

Antrag der Abgeordneten Dr. Max Stadler, Gisela Piltz, Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Notwendigkeit einer Defizitanalyse des bestehenden Sicherheitssystems** (Drucksache 16/3809)

7353 D

Anlage 11

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung der Anträge:

- **Einrichtung einer Polizeireformkommission**
 - **Notwendigkeit einer Defizitanalyse des bestehenden Sicherheitssystems**
- (Tagesordnungspunkt 20 und Zusatztagesordnungspunkt 10)

(...)

Petra Pau (DIE LINKE): Erstens. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat eine Reform der Bundespolizei angekündigt. Er tat dies über die Medien. Das kritisieren die Betroffenen, das kritisieren die Gewerkschaften, das kritisieren die Grünen und das kritisiere auch ich. Diese Ankündigungspolitik via Medien ist einfach schlechter Stil.

Dieser schlechte Stil ist auch in der Sache überflüssig. In meinen Gesprächen, die ich jüngst beim Bundespolizeipräsidium Ost hatte, wurde ziemlich deutlich: Auch dort geht man von einem umfangreichen Reformbedarf aus und es gibt auch die Bereitschaft, umfangreiche Reformen umzusetzen.

Nun hat die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen ihre Kritik in einen Antrag gegossen. Darin fordert sie die Einsetzung einer Polizeireformkommission. Das finde ich nun wieder übertrieben, zumal man den schlechten Stil eines Ministers nicht einfach zum Besseren kommissionieren kann.

Zweitens. Die Grünen argumentieren, die Polizeireform muss über eine Organisationsreform hinausgehen. Sie müsse sich auch neuen inhaltlichen Aufgaben stellen. Genannt werden zum Beispiel „die zahlreichen Polizeimissionen im Ausland“ und „Aufgabenverlagerungen“, die sich aus dem Schengenabkommen ergeben. Das alles und mehr, so Bündnis 90/Die Grünen, müsse „auf solide gesetzliche Grundlagen gestellt werden“. Genau hier will ich einhaken und auf Innenminister Schäuble zurückkommen. Der will nämlich auch mehr als eine Organisationsreform. Er sieht die Bundespolizei als Teil einer neuen Sicherheitsarchitektur.

Wir wissen, dass die Unionsparteien weiterhin die Bundeswehr im Innern einsetzen wollen. Und wir wissen, dass die Polizei zunehmend im Ausland eingesetzt wird, übrigens ohne jeden Parlamentsvorbehalt. Hier gibt es in der Tat eine Gesetzeslücke. Wir brauchen also auch für die Polizei ein Parlamentsbeteiligungsgesetz.

Drittens. Aber wenn ich den Bundesinnenminister auf der Berliner Sicherheitskonferenz am 8. Dezember 2006 richtig verstanden habe, dann schwebt ihm neben der Bundeswehr und neben der Bundespolizei etwas Drittes vor: halb Polizei, halb Armee in einem, also eine Art weltweit agierende universelle Eingreiftruppe für alle Fälle.

Das wiederum wäre mehr als eine Reform, die mit schlechtem Stil angekündigt wird. Und das wäre auch mehr, als Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Antrag beschreiben und mit einer Kommission nebst Internetportal bewerkstelligen wollen. Wir hätten es mit einer neuen Qualität militärischer Innen- und Außenpolitik zu tun.

Dies wäre ein weiterer Schritt auf einem Weg, den Die Linke ohnehin kritisiert. Ich habe unlängst aufgezeigt, wie die neue Sicherheitsarchitektur mit dem Grundgesetz kollidiert und damit mit der Gesellschaftsarchitektur. Dem demokratischen Rechtsstaat wird Boden entzogen. Darum geht es, nicht nur um schlechten Stil.